

Kinder sollen Dialekt-Angebot bekommen

Fraktionsübergreifende Mundart-Arbeitsgruppe im Landtag legt eine Erklärung vor. *Von Jan Sellner*

Im Landtag von Baden-Württemberg gibt's nicht nur eine Koalition von Grünen und CDU, sondern bei bestimmten Themen sogar ein Viererbündnis mit SPD und FDP. Zu den Themen mit großer Schnittmenge zählt der Dialekt. Schon seit verganginem Jahr ist auf den Impuls des Grünen-Abgeordneten und bekannten Schwäbisch-Sprechers Markus Rösler hin eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit Vertretern aller Fraktionen mit Ausnahme der AfD am Werk, um sich für die Förderung der Dialekte in Baden-Württemberg einzusetzen.

Jetzt hat diese Parlamentsgruppe „Dialekte in Baden-Württemberg“ eine „Präambel“ vorgelegt, die als erste gemeinsame Erklärung zu verstehen ist. Ziel ist es, nach Rösler, darauf aufbauend weitere Erklärungen zu Einzelthemen zu erarbeiten. In ihrer „Präambel“ fordern Rösler (Grüne), Karl-Wilhelm Röhms (CDU), Reinhold Gall (SPD) und Jochen Haußmann (FDP) stellvertretend für insgesamt 49 Landtagsabgeordnete, „dem Dialekt mehr Raum im Bildungssystem, in den Medien sowie in der gesamten Gesellschaft zu geben“. Besonders Kinder und Jugendliche haben sie bei der Dialektförderung im Blick. „Bis heute sucht man in Baden-Württemberg weitgehend vergeblich nach Musik, Büchern, Hörspielen oder anderen Angeboten im Dialekt speziell für Kinder und Jugendliche“, stellen die Parlamentarier fest.

Die interfraktionelle Gruppe will dem Dialekt zu seinem Recht verhelfen, nicht als Alternative zur Standardsprache, sondern als Ergänzung. Es gehe darum, „neben der sowieso gesprochenen Standardsprache auch einen Dialekt zu beherrschen – bevor dieses identitätsbildende Kulturgut weiter verschwindet“, heißt es in der Erklärung. Mit dieser Mehrsprachigkeit könne der teils heute noch stattfindenden Stigmatisierung von Dialekt-sprechern entgegen gewirkt werden. Außerdem führe das Beherrschen von Dialekt und Standardsprache zu einem besseren Sprachverständnis und erleichtere das Erlernen von Fremdsprachen.

Die Abgeordneten betrachten ihr Dialekt-Engagement als eigenständige legislative Initiative. Parallel dazu hatte Ministerpräsident Winfried Kretschmann eine Mundart-Initiative gestartet und einen Runden Tisch Dialekt ins Leben gerufen. Dieser hat im Februar und März fünfmal getagt, ehe Corona den weiteren Fahrplan durcheinanderbrachte. Angestrebt wird ein Positionspapier der Landesregierung über die Stärkung der Dialekte im Land.

Kurz berichtet

Haft für Gruppenleiter

Baden-Baden Im Vergewaltigungsprozess gegen einen früheren Pfadfinder-Gruppenleiter in Baden-Baden ist der Angeklagte zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Das Landgericht befand den 64-Jährigen für schuldig, vor mehr als 30 Jahren minderjährige Pfadfinder zur Vergewaltigung eines kleinen Mädchens genötigt zu haben. Der Mann habe seine „sexuellen Perversionen“ praktiziert und als Spiel dargestellt, sagte der Richter. *IsW*

Elterngeld gefragt

Stuttgart Müttern und Vätern im Südwesten ist im laufenden Jahr Elterngeld in Höhe von 1,1 Milliarden Euro bewilligt worden. Dafür seien rund 153 000 Anträge gestellt worden, teilte die landeseigene L-Bank am Dienstag mit. Das seien 3000 mehr als im Vorjahr. Mehr Baden-Württemberger denn je hätten somit die finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung genutzt, sagte Sozialminister Manne Lucha (Grüne). Im Jahr 2019 war rund eine Milliarde Euro an Elterngeld zugesagt worden. *IsW*

Kontrolle eskaliert

Künzelsau Ein 29-Jähriger und ein 35-Jähriger kamen nach einer Polizeikontrolle in Künzelsau (Hohenlohekreis) in Gewahrsam. Gegen mehrere Beteiligte wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zehn bis 15 Menschen hielten sich laut Polizei am Montagabend vor einem Einkaufsmarkt auf. Manche trugen keine Mund- und Nasen-Bedeckung und hielten den Mindestabstand nicht ein. Teilweise seien die jungen Leute betrunken gewesen. Einzelne beleidigten die Beamten, es sei eine Wasserflasche geworfen worden. *IsW*

Erste Selbsthilfegruppe für Corona-Patienten

Der Böblinger Otto Rommel weiß nach seiner Covid-19-Erkrankung, wie wichtig der Austausch mit Betroffenen ist. *Von Christine Keck*

Für eine kurze E-Mail braucht Otto Rommel locker eine Stunde. Manchmal fehlen ihm Worte, er hat sie im Kopf, aber kann sie nicht tippen. Dann wieder ist er sich nicht mehr sicher, ob der Satzbau stimmt, die Grammatik. Er macht Pausen, setzt sich später noch mal an den Rechner, wenn er sich sortierter fühlt. Otto Rommel ist im März als einer der Ersten im Land an Covid-19 erkrankt, er hat das Virus von einer Weltreise mit nach Hause gebracht. Geblieben sind Folgeschäden: Es hapert beim Kurzzeitgedächtnis, er fühlt sich oft erschöpft, kommt ins Schnaufen, wenn er mit seinem Hund Byron in Magstadt loszieht. „Es geht mir aber deutlich besser als noch im Frühjahr“, sagt der 67-Jährige und will vor allem eins: nach vorne schauen.

Er habe so viel gelernt in jenen Wochen und Monaten, die er beinahe nicht überlebt hätte, sagt Rommel. Was mit Husten und Kurzatmigkeit anfang, gipfelte auf der Intensivstation im Böblinger Krankenhaus, wo die Ärzte gegen ein drohendes Organversagen kämpften und den Patienten über einen Helm beatmet haben.

Seine Erfahrungen, sein Wissen um Covid-19 möchte Rommel weitergeben. „Die Erkrankten und deren Angehörige brauchen eine Anlaufstelle“, sagt Otto Rommel und ist es als früherer Prokurist eines großen Möbelhauses gewohnt, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Er hat sich entschlossen, die erste Covid-19-Selbsthilfegruppe in Baden-Württemberg aufzubauen. Einen Präsenztermin Ende Januar in Stuttgart hat er schon im Auge, Gründungsmitglieder und Interessierte sind jederzeit willkommen.

„Ich bin selbst mein bester Arzt“, sagt Rommel halb im Scherz, halb ernst. Tatsächlich habe er im Laufe seiner Erkrankungen und einer anschließenden Reha in Heiligendamm an der Ostsee vieles dazugelernt, was selbst niedergelassene Ärzte ihm nicht sagen konnten. Zu neu ist die Virusinfektion, zu viele Unbekannte gab es lange Zeit bezüglich des Verlaufs und der Behandlung, erst langsam holt die Wissenschaft auf. Welche Rehamöglichkeiten sind vorhanden, und wie werden sie beantragt? Was bringt eine Lungenfunktionsmassage? Ist Haarausfall normal

nach einer Infektion mit dem Coronavirus? Er habe oft mühsam recherchieren müssen, um solche Fragen beantworten zu können, andere Erkrankte sollen es leichter haben, hat sich Rommel jetzt vorgenommen.

Er selbst tauscht sich in einer Telegram-Gruppe mit Patienten aus der Ostsee-Rehaklinik aus und spürt, wie ihm das einerseits guttut und ihn andererseits Corona-erfahrener macht. Die Schicksale der ehemaligen Mitpatienten sind vielfältig. Einer hat als Folgeerkrankung Nerven-schädigungen am Bein und ist auf eine Orthese angewiesen. Ein Physiotherapeut hat es bis heute nicht zurück in den Job geschafft, er ist zu angeschlagen, um wieder arbeiten zu können. Und eine Frau hat sich ein zweites Mal mit dem Virus infiziert. Da gebe es Patienten, die einen Behindertenausweis beantragen mussten, erzählt Rommel und ist selbst erstaunt über die oft gravierenden Probleme, die nach Monaten nicht verschwunden sind.

Für Rommel waren die Stunden unter dem Beatmungshelm in der Klinik traumatisch. Wenn er davon erzählt, wie er auf der Intensivstation zu sich kam und trotz



Als einer, der Covid-19 überstanden hat, will Otto Rommel andere von seinen Erfahrungen profitieren lassen.

Foto: Jürgen Bach

MITSTREITER GESUCHT

Treffen Zur Gründung der ersten Corona-Selbsthilfegruppe in Baden-Württemberg sucht Otto Rommel noch Mitstreiter. Ein erstes Treffen soll am Donnerstag, 21. Januar, um 17.30 Uhr bei der Selbsthilfekontaktstelle Kiss in der Tübinger Straße 15 in Stuttgart stattfinden. Falls dies Lockdown-bedingt nicht möglich ist, wird ein neuer

Termin angesetzt. Die Selbsthilfegruppe ist für Covid-19-Genesene und deren Angehörige gedacht. Weitere Informationen gibt es bei Otto Rommel telefonisch unter 01 51 / 19 08 90 73 oder per Mail an ottorommel@web.de.

Langzeitfolgen Die Spätfolgen einer Covid-19-Erkrankung sind oft gravierend. Etli-

che Patienten haben mehr oder weniger starke Lungenschäden, Müdigkeitssymptome, Kopf- und Gliederschmerzen oder Depressionen. Eine Entzündung des Herzmuskels ist im Zuge einer Infektion keine Seltenheit. Das Virus kann zum Beispiel auch Darm, Niere, Gefäßinnenhäute und das Nervensystem schädigen. *kek*

Beruhigungsmittel in Panik ausbrach, hat er alle Mühe, nicht zu weinen. „Der Helm war beschlagen, und ich wusste nicht, wo ich bin“, erinnert sich Rommel, er habe völlig verwirrt aufstehen wollen und sei aus dem Bett gefallen. „Schließlich wurde ich im Bett fixiert“, sagt Rommel und kommt bis heute kaum über die belastenden Erlebnisse hinweg.

Ein künstliches Koma habe er zum Ärger der Ärzte bewusst abgelehnt, sagt er, aus der Angst heraus, nie wieder aufzuwachen: „Ich habe in diesem Moment den

Tod akzeptiert.“ Den mühsamen Weg zurück in den Alltag hat Rommel bewältigt. Sein Hund, sein „idealer Therapeut“, hat ihm dabei geholfen, die vielen Spaziergänge waren Training. In einer Memory Clinic in Stuttgart will er in die Gedächtnissprechstunde, auch der Aufbau der Selbsthilfegruppe spornt ihn an. Aus einem Gespräch unter Gleichgesinnten könne man mitunter mehr rausholen als bei einem Arztbesuch, weiß Otto Rommel und hofft deshalb, dass die Resonanz auf seinen Aufruf groß sein wird.

Streit über Corona-Masken für die Lehrerschaft

Das Kultusministerium setzt dem Sozialministerium eine Frist zur Aufklärung bis zum Ende der Weihnachtsferien. *Von Christoph Link*

Nach einem kritischen Bericht im „Spiegel“ über angeblich unsichere an die Lehrerschaft in Baden-Württemberg verteilte Masken hat das von der CDU geführte Kultusministerium das für die Beschaffung zuständige Sozialministerium – geleitet vom Grünen Manne Lucha – zu einer „offiziellen Einschätzung zur Qualität und Herkunft“ der Ware aufgefordert. Man sei davon ausgegangen,

so ein Ministeriumssprecher, dass das Sozialministerium die Masken mit „entsprechender Sorgfalt“ beschaffe: „Sollte sich bewahrheiten, dass die gelieferten Masken mit dem chinesischen Standard KN95 eine geringere Schutzwirkung haben als FFP-2-Masken, so muss das Sozialministerium das gegenüber unseren Lehrerinnen und Lehrern noch vor Ende der Weihnachtsferien zwingend klarstellen.“

Gegenüber unserer Zeitung wies das Sozialministerium Qualitätsmängel zurück. Zeitlich befristet und ausnahmsweise seien Masken ohne CE-Kennzeichnung wie die chinesischen KN95-Masken in der EU verkehrsfähig gewesen. Sie könnten 95 Prozent der kleinsten Partikel und virushaltigen Tröpfchen herausfiltern und hätten eine vergleichbare Schutzwirkung wie FFP-2-Masken. Es seien Masken der Firmen Rzyur und Freshing an Schulen verteilt worden, sie hätten eine doppelte Qualitätsprüfung durchlaufen: durch TÜV-Mitarbeiter am Flughafen in Shanghai und durch Labore in Deutschland.

Land will Jobs in Impfzentren attraktiver machen

Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut drängt den Bund. Beim Impfpersonal läuft eine Lohndebatte. *Von C. Link und A. Rieger*

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu lindern, hatte die Bundesregierung von März bis Oktober die Zeitvorgaben der Beschäftigung von sogenannten Mini-Jobbern erleichtert. So durften sie statt drei Monaten beziehungsweise 70 Arbeitstagen im Corona-Sommer und -Herbst bis zu fünf Monaten beziehungsweise 115 Arbeitstage weitgehend versicherungsfrei arbeiten. Sofern sie nicht über 450 Euro im Monat kamen.

Eine Neuauflage dieser Sonderregelung hat jetzt die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) in einem Brief an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) angeregt – und zwar für den Gesundheitssektor. Für den Betrieb von Impfzentren, Fieberambulanzen und Abstrichzentren sei es unerlässlich, ausreichend medizinische Fachangestellte sowie weiteres Personal zu rekrutieren. Das sei aber vielfach

nur auf Minijob-Basis möglich, argumentiert Hoffmeister-Kraut.

„Vor dem Hintergrund eines reibungslosen Impfablaufs halte ich es für dringend geboten, eine Sonderregelung wie die des Paragraphen 115 im Sozialgesetzbuch insbesondere für den Gesundheitsbereich in 2021 nochmals aufleben zu lassen“, so die CDU-Politikerin. Damit könne es gelingen, die Attraktivität von kurzfristigen Beschäftigungen zu steigern und mehr Personal für die Impfzentren zu gewinnen. Im Endeffekt sei eine solche Sonderregelung dann auch „ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Pandemie“.

Dass die finanziellen Rahmenbedingungen der Beschäftigung in Impfzentren nicht gerade rosig sind, zeichnet sich bereits seit einigen Wochen ab. Vor allem der starke Unterschied zwischen der Entlohnung von Ärzten und medizinischen Helfern hat die Bereitschaft zur Mitarbeit nicht gerade gefördert. Mit 130 Euro (plus

Fahrtkosten) kalkuliert das Land für die Ärzte, für die medizinischen Helfer hingegen sollten bis vor Kurzem nur 27,60 Euro aufgewendet werden.

Das sind allerdings die Arbeitgeberkosten – für das Fachpersonal bliebe vor Steuern deutlich weniger übrig. „Ich würde dann mit 18,50 Euro bezahlt“, berichtet eine pensionierte Medizinisch-Technische Assistentin, die ursprünglich mithelfen wollte. Die Begründung, es müssten ja Sozialabgaben und anderes bezahlt werden, überzeugten die Frau nicht: „Dann bleiben noch je nach Höhe der zu zahlenden Steuern acht bis zehn Euro übrig“, sagt sie – und zog ihr Angebot zurück.

Inzwischen hat die Landesregierung auf diese Diskrepanz reagiert und kalkuliert je medizinischer Fachkraft mit 50 Euro – 22,40 Euro mehr als ursprünglich vorgesehen. „Die Kommunalen Landesverbände melden zurück, dass die Bezahl-

Brexit

Land will in London Repräsentanz öffnen

Nach dem Brexit will Baden-Württemberg seine Beziehungen zum Vereinigten Königreich neu ordnen. Ziel sei es, 2021 eine Repräsentanz in London zu eröffnen, teilte Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit. Baden-Württemberg sei eng mit Großbritannien verbunden, in der Wirtschaft, im Handel, in der Forschungszusammenarbeit, in der Zivilgesellschaft und mit zahlreichen Städtepartnerschaften. „Diese Beziehungen gilt es jetzt mehr denn je zu pflegen und auszubauen.“ *dpa*



Foto: imago/Marc Gruber

„Vor dem Hintergrund eines reibungslosen Impfablaufs halte ich eine Sonderregelung für geboten.“

Nicole Hoffmeister-Kraut, Wirtschaftsministerin

lung (Arbeitgeberkosten) für das medizinische Fachpersonal (Personal zur Aufbereitung des Impfstoffs sowie Personal für die Durchführung von Impfungen) nicht auskömmlich sei“, begründet das Sozialministerium seine Nachforderung in einer Vorlage für den Ministerrat. Der Arbeitsmarkt sei in diesem Segment „sehr angespannt“, und es bestehe das Risiko, dass nicht ausreichend Fachpersonal gewonnen werden könne. Um die Anreizwirkung zu erhöhen, müsse man die Bezahlung verbessern.

Wie viel von den 50 Euro im Portemonnaie der Fachkräfte landet, lässt sich jedoch nicht pauschal beantworten. Denn zum einen sind auch diverse Personaldienstleister im Spiel, die bezahlt werden wollen, zum anderen hängt die Bezahlung von individuellen Arbeitsverhältnissen ab. Dazu zählen zum Beispiel 450-Euro-Jobs.